

Titel:

Die Europäische Volkspartei nach der Europawahl 2019

Autor:

Matthias Belafi¹

Kurzzusammenfassung

Die EVP stellt nach der Europawahl 2019 weiterhin die größte Fraktion im Europaparlament, erzielte jedoch ihr schlechtestes Ergebnis seit 30 Jahren. Sie konnte ihren Spitzenkandidaten nicht als Kommissionspräsident durchsetzen, und von den bisher drei besetzten Präsidentenämtern verbleibt ihr vorerst nur die Kommissionspräsidentschaft. Vor diesem Hintergrund skizziert der Beitrag die Wahlkampagne der EVP, den Spitzenkandidaten sowie die Konflikte um den ungarischen Fidesz und befasst sich mit der zukünftigen Rolle der EVP in einem stärker fragmentierten europäischen Parteiensystem.

Schlagworte

Europäische Volkspartei, Europäisches Parlament, Europawahl, Spitzenkandidatenprozess, Fidesz

1. Ausgangslage

Seitdem sich die 1976 als Sammlung der christdemokratischen Parteienfamilie gegründete Europäische Volkspartei (EVP) in den 1990er Jahren durch eine gezielte Erweiterungsstrategie zu einer Mitte-Rechts-Partei entwickelt hat, ist sie zum wichtigsten parteipolitischen Faktor in der EU geworden (Jansen & Van Hecke 2011; Klüpfel 2007; Jansen 2006; Steuer & Janssen 2006; Johansson 2002). So ging die EVP auch aus der Europawahl 2014 (Kaeding & Switek 2015; De Sio et al. 2014; Hrbek 2014) als stärkste Partei hervor und konnte nach dem ersten Wahlkampf mit europäischen Spitzenkandidaten gemeinsam mit der sozialdemokratischen S&D-Fraktion ihren Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten durchsetzen (Christiansen 2016; Heidbreder & Auracher 2015; Göler & Jopp 2014). Aufgrund der Stärke der Mitte-Rechts-Parteien in den Mitgliedstaaten nach der Eurokrise gehörten insgesamt 14 der 28 Mitglieder der Europäischen Kommission der EVP an. Ebenso besetzte die EVP mit Donald Tusk das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates.

¹ Der Autor gibt seine persönliche Auffassung wider.

Als zur Hälfte der Legislaturperiode auch das Amt des Parlamentspräsidenten wie vereinbart von den Sozial- zu den Christdemokraten wechseln sollte, stellten die Sozialdemokraten die Verabredung in Frage, da mit der Wahl eines EVP-Politikers alle drei Präsidentenämter in der EU in der Hand der EVP lägen. Die EVP beharrte jedoch auf dem Wechsel und setzte in einer Kampf Abstimmung die Wahl des Italieners Antonio Tajani durch (Maurer 2017, S. 87-93). Damit besetzte die EVP zum Ende der Wahlperiode 2014-2019 die drei wichtigsten Ämter innerhalb der EU. Allerdings kündigten die Sozialdemokraten die informell existierende *Große Koalition* im Europäischen Parlament auf, in dem die Christ- und Sozialdemokraten gemeinsam die Mehrheit bildeten.

Die dominante Position der EVP in den Ämtern der EU spiegelte vor der Europawahl 2019 jedoch nicht mehr die tatsächliche Lage der Partei in der EU und den Mitgliedstaaten wider. Im Zuge des Aufschwungs rechtspopulistischer Parteien in Europa in den vergangenen Jahren sind auch die Parteien der EVP sowohl von rechter Seite als auch von der Mitte unter Druck geraten. So sind die Parteien der EVP bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich 2017 und bei den Parlamentswahlen in Italien 2018 völlig dezimiert worden. Aber auch bei der Bundestagswahl 2017 in Deutschland und den Parlamentswahlen in Spanien 2019 haben die Mitglieder der EVP Verluste hinnehmen müssen. In Polen war es bereits 2015 bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 zu einem kompletten Wechsel hin zur rechtsnationalen PiS gekommen. So verlor die EVP auch ihre dominante Stellung im Europäischen Rat, da die Zahl der ihr angehörenden Staats- und Regierungschefs bis zur Europawahl 2019 auf neun zurückging. Da die Sozialdemokratie in Europa derzeit allerdings noch tiefer in der Krise steckt, gingen Prognosen im Vorfeld der Europawahl 2019 davon aus, dass die EVP zwar mit Verlusten rechnen müsste, allerdings weiterhin stärkste Kraft bleiben würde (Europäische Kommission 2019).

2. Kampagne

Die EVP hatte ihre Wahlkampagne frühzeitig vorbereitet und bereits im Herbst 2017 den ehemaligen irischen Minister Dara Murphy als Wahlkampfdirektor berufen (EVP 2017). Murphy hatte also eine Kampagne vorzubereiten, ohne den Spitzenkandidaten zu kennen, der erst über ein Jahr später und nur etwas mehr als ein halbes Jahr vor der Europawahl bestimmt wurde. In ihrer Kampagne setzte die EVP zwar auf einige gemeinsame Inhalte und Auftritte, darüber hinaus jedoch auf Subsidiarität und angesichts von „Diskussion und Dissens“ zwischen den Mitgliedsparteien auf eigene nationale Schwerpunkte (Kampf 2019, S. 25f.).

Noch im Laufe des November 2018, also unmittelbar nach der Kandidatenkür, begab sich der EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber auf eine strategisch angelegte Zuhör-Tour (Listening Tour) durch die verschiedenen Länder der EU, die er in Polen mit einem Besuch in Auschwitz und Warschau begann (EVP 2018). Dieses Symbol war angesichts der polnischen Vorbehalte gegenüber Deutschland bzw. angesichts der polnischen Vorbehalte gegen einen Deutschen im Amt des Kommissionspräsidenten klug gewählt. Hier zeigt sich, dass Europawahlkampf nicht nur dem Kampf um Stimmen bei der Wahl zum Europäischen Parlament dient, sondern auch um die Stimmen der Regierungen im Europäischen Rat.

Den offiziellen Wahlkampfauftakt beging die EVP am 23. April 2019 in Athen, was angesichts des deutschen Spitzendkandidaten und der Entfremdung im Zuge der Eurokrise ein erneutes Signal an den Zusammenhalt Europas darstellte. Der Wahlkampf führte den Spitzenkandidaten Weber quer durch die Mitgliedstaaten. Allerdings war bei seinen Auftritten ein Schwerpunkt auf Deutschland, vor allem auf Bayern, aber auch auf Österreich deutlich erkennbar. Dass auch die Veranstaltung zum Wahlkampfabschluss der EVP in München stattfand, ist somit sicher auch ein Hinweis auf die begrenzte europaweite Wirkung der Europaparteien und der Spitzenkandidaten.

3. Spitzenkandidat

Ihren Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten kürte die EVP auf ihrem Parteitag am 8. November 2018 in Helsinki. Am 5. September 2018 erklärte der Fraktionsvorsitzende der EVP im Europäischen Parlament, der CSU-Politiker Manfred Weber, auf Twitter seine Kandidatur, die er lange vorbereitet hatte und für die er die Unterstützung des Parteivorsitzenden Joseph Daul aus Frankreich sowie letztlich auch aller Regierungschefs aus den Reihen der EVP besaß. Nachdem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende August 2018 ihm bei einem Gespräch im Bundeskanzleramt die Unterstützung für die Spitzenkandidatur zugesagt hatte, machte er seine Kandidatur öffentlich (Die Welt 2018).

Am 2. Oktober erklärte auch der Finne Alexander Stubb seine Kandidatur. Stubb war 2004 in das Europaparlament eingezogen und galt als großes Talent innerhalb der EVP. 2008 wurde er zunächst finnischer Außenminister, 2014 Ministerpräsident und 2015 Finanzminister; seit 2017 ist er Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank. Stubb galt als der liberalere Kandidat und sprach sich für einen Ausschluss des ungarischen Fidesz aus der EVP aus. Weber war hingegen der Brückenschlag zwischen den verschiedenen Richtungen in der EVP gelungen, die sich zuletzt insbesondere an der Haltung zur Migration ausmachen ließen (von Ondarza 2019, S. 15). Unter anderen Umständen hätte Stubb ein sehr renommierter Spitzenkandidat der EVP

werden können, gegen den sehr gut vernetzten Weber hatte er aber keine wirkliche Chance, so dass Weber auf dem EVP-Parteitag mit 79,2% zum Spitzenkandidaten gekürt wurde (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2018).

Für Weber, der von Anfang an in der Kritik stand, nie ein Regierungsamt ausgeübt zu haben, war es in der Außenwirkung von Vorteil, nicht ohne Gegenkandidaten nominiert worden zu sein, sondern sich gegen einen renommierten Politiker so deutlich durchgesetzt zu haben. Allerdings verstummten die Vorbehalte gegen ihn nie. Insbesondere stand das Gerücht im Raum, der ehemalige französische EU-Kommissar und Brexit-Unterhändler der EU-Kommission Michel Barnier wolle für die EVP Kommissionspräsident werden, könne jedoch nicht als Spitzenkandidat fungieren, da der Brexit noch nicht vollzogen sei. Damit stand aber auch stets die Spekulation im Raum, der französische Präsident Macron könne nach der Europawahl aus der EVP den Franzosen Barnier unterstützen und auf diesem Weg Weber im Europäischen Rat scheitern lassen (Süddeutsche Zeitung 2019).

4. Parteiinterne Konflikte um den ungarische Fidesz

Die Mitgliedschaft der ungarischen Partei Fidesz unter Ministerpräsident Viktor Orbán (zum Fidesz: Lang 2018; Hanisch 2017; Hansen 2017) in der EVP stellte bereits seit längerer Zeit ein schwelendes innerparteiliches Problem dar. Auch wenn die Reformen Orbáns hin zu einer *illiberalen Demokratie*, seine zunehmende Europaskepsis, seine harte Position in Fragen der Migration und seine antisemitischen Anwandlungen (Benková 2019) von den anderen Mitgliedern der EVP abgelehnt werden, so besteht doch ein Dissens über die Frage, ob Fidesz trotzdem Mitglied der EVP bleiben soll. Während einige Mitgliedsparteien (vor allem aus den Benelux-Staaten und Skandinavien) bereits mehrfach Initiativen zum Ausschluss der Partei unternommen haben, sehen andere durch einen Verlust des Fidesz die Mehrheitsfähigkeit der EVP und den Zusammenhalt des Mitte-Rechts-Lagers in Europa gefährdet. Einige Parteien wie die CSU oder die ÖVP unter Sebastian Kurz betonen aber auch inhaltliche Nähe und Sympathie für Orbáns Positionen.

Orbán entwickelte sich im Zuge des Europawahlkampfs zu einem gravierenden Problem der EVP, da seine Sympathie für Europas Rechtspopulisten und seine Ablehnung der Vertreter und Positionen der EVP auch die Frage nach seiner Loyalität zur Partei bzw. nach einem Wechsel zu einer anderen Fraktion aufwarfen (von Ondarza & Schenuit 2018, S. 4). Nachdem in der Vergangenheit immer nur der sozialdemokratische Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans im Zentrum der Kritik aus Mittel- und Osteuropa stand, griff Orbán nun auch seinen Parteifreund Kommissionspräsident Juncker an. Diese neue Qualität der Kritik an

der EU und ihren Vertretern, die nun auch der eigenen Parteienfamilie galt, führte zu großer Empörung in der EVP und veranlasste auch Juncker, den Ausschluss des Fidesz aus der EVP zu fordern. Zwischen Orbán und ihm gebe es „keinerlei Schnittmengen“. Deshalb sei Orbáns Platz „nicht in der Europäischen Volkspartei“ (Die Zeit 2019). Für seine Äußerung, seine Kritiker in der EVP seien *nützliche Idioten* der Linken, die mit einer Salamtaktik nach ihm auch Italien und Österreich angreifen würden, musste sich Orbán schriftlich bei den Mitgliedern der EVP entschuldigen.

Weber versuchte Orbán angesichts eines Ausschlussantrags zu Zugeständnissen zu bewegen. Da Orbán das Ultimatum jedoch zurückwies, stand eine ernsthafte Beschädigung des Spitzenkandidaten im Raum. Vor der Abstimmung im EVP-Vorstand am 20. März 2019 unternahm Weber mit einem Besuch bei Orbán in Budapest einen weiteren Vermittlungsversuch. Auch wenn Orbán darauf nur begrenzt einging, gelang es Weber, einen Kompromiss herzustellen, so dass die Mitgliedschaft von Fidesz von Seiten der EVP lediglich suspendiert und nicht beendet wurde. Damit wurde Fidesz von Wahlen und Ämtern in der EVP ausgeschlossen, verblieb aber in der Fraktion des Europaparlaments.

Trotzdem setzte Orbán seinen Kurs weiter fort. Er kritisierte eine mögliche Koalition der EVP mit Sozialdemokraten und Liberalen als politischen *Selbstmord* und forderte stattdessen eine Zusammenarbeit mit Europas Rechtspopulisten. Dem Werben der Rechtspopulisten nach einer gemeinsamen Partei und Fraktion nach der Europawahl widersprach Orbán nicht. Den italienischen Innenminister Matteo Salvini lobte er als *Helden* und *wichtigsten Mann in Europa* und empfing ihn ebenso wie den FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache Anfang Mai 2019 öffentlich in Budapest.

Die Mitgliedschaft des Fidesz führte so nicht nur zu einer massiven innerparteilichen Auseinandersetzung, sondern auch zu einer schweren Belastung des Wahlkampfs der EVP, da die anderen Parteien – trotz ähnlicher Problemfälle in den eigenen Reihen – der EVP die Mitgliedschaft des Fidesz vorhielten. Darüber hinaus stellte die drohende Neugliederung der Parteienlandschaft rechts der EVP aber auch eine grundlegende Gefährdung der Position der EVP im europäischen Parteiengefüge dar (von Ondarza 2019, S. 16).

5. Wahlergebnis

Hinsichtlich des europaweiten Stimmenanteils war die Europawahl 2019 für die EVP ein – allerdings im Trend der Mitgliedstaaten liegender – Rückschlag. Sie stellt zwar weiterhin mit Abstand die größte Fraktion im Europäischen Parlament, erzielte jedoch ihr schlechtestes Ergebnis seit 30 Jahren. Im neuen Europaparlament gehören der EVP nur noch 182

Abgeordnete an, das entspricht einem Anteil von 24,2%. Die bisherige informelle Große Koalition mit den Sozialdemokraten hat keine Mehrheit mehr, so dass für eine Mehrheitsfindung die Zusammenarbeit mit Liberalen und/oder Grünen erforderlich ist. Dieser Verlust der Mehrheit für die Große Koalition ist „die Folge einer längerfristigen Transformation im europäischen Parteiensystem, bei der (links)liberale und rechte Kräfte auf Kosten der traditionellen Volksparteien an Gewicht gewinnen“ (Kohls & Müller 2019, S. 224).

Die EVP-Fraktion im Europaparlament umfasst Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs.² Die Wahlergebnisse der EVP hängen jedoch sehr stark von den jeweiligen nationalen politischen Verhältnissen in den Mitgliedsstaaten ab. So ist der Rückgang des EVP-Anteils vor allem auf das schlechte Abschneiden der Mitgliedsparteien in den großen Ländern zurückzuführen, vor allem in Frankreich und Italien, aber auch in Polen und Spanien sowie in Deutschland (Hrbek 2019, S. 178). Gute Ergebnisse erzielt die EVP hingegen beispielsweise in Österreich und Griechenland, wo angesichts der innenpolitischen Situation und bevorstehender nationaler Wahlen die Stimmung sehr positiv für die Mitglieder der EVP ausfiel, aber auch in Ungarn, was die Position des Fidesz in der EVP verbessert (für Analyse in den einzelnen Ländern: De Sio et al. 2019).

Als sich der Europäische Rat nach der Europawahl auf einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten einigen musste, verhinderte der französische Präsident Macron mit Unterstützung der weiteren liberalen Staats- und Regierungschefs tatsächlich Weber, obwohl er Spitzenkandidat der erfolgreichsten Partei war. Da es im Europäischen Rat aber auch große Vorbehalte gegen Frans Timmermans als Spitzenkandidat der SPE gab, gestalteten sich die Verhandlungen schwierig. Nach mehrfachen nächtelangen Sitzungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs vielmehr auf den Vorschlag eines Personalpakets, das schließlich auch die Zustimmung des Europaparlaments fand. Demnach wurde die deutsche Christdemokratin Ursula von der Leyen Kommissionspräsidentin, die Liberalen stellten mit dem Belgier Charles Michel den Präsidenten der Europäischen Kommission sowie mit Vestager eine der *Managing Vice Presidents* der Kommission. Die Sozialdemokraten stellen mit Timmermans ebenfalls einen dieser herausgehobenen Vizepräsidenten und mit dem Spanier Josep Borell den Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik. Zudem konnte sich der italienische Sozialdemokrat David Sassoli bei der Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments durchsetzen, wobei dieses Amt in der zweiten Hälfte der Wahlperiode wohl an die EVP gehen

² Momentan hat die EVP-Fraktion auch kein Mitglied aus Estland. Dort rückt aber nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU ein Abgeordneter für die EVP nach.

wird. Dass die EVP nach der Europawahl 2019 nicht mehr so viele Ämter besetzen kann, zeigt sich auch innerhalb der Europäischen Kommission: Anstatt der Hälfte gehört nur noch ein Drittel der Kommissare EVP an.

6. Die zukünftige Rolle der EVP im europäischen Parteiensystem

Während die EVP in Westeuropa zunehmend Konkurrenz in der politischen Mitte durch Liberale und Grüne erhält, verstärkt sich in Süd- und Osteuropa der Druck an ihrem rechten Rand. Insgesamt befindet sich die EVP also zunehmend in einer politischen Zange zwischen stärker werdenden Kräften in der Mitte und dem in den letzten Jahren europaweit erstarkten Rechtspopulismus (Hamann et al. 2019).

Innerparteilich sind die Auseinandersetzungen um den ungarische Fidesz nicht gelöst, sondern derzeit noch vertagt. Insofern steht die EVP derzeit unter Beobachtung, ob und welche Konsequenzen sie ziehen wird oder ob die Suspendierung des Fidesz nur ein Wahlkampfmanöver war. Im Frühjahr 2020 wird ein Weisenrat der EVP einen Bericht vorlegen, auf dessen Grundlage über den Verbleib des Fidesz in der EVP entschieden werden soll. Auch wenn es bei vielen Mitgliedsparteien große Widerstände gegen die Mitgliedschaft des Fidesz gibt, spricht unter strategischen Aspekten viel dafür, dass die EVP Fidesz in ihren Reihen halten wird.

Darüber hinaus kann die EVP nach der Europawahl keine bedeutenden Veränderungen ihrer Mitgliederstruktur bzw. Zu- und Abgänge bei den Mitgliedsparteien verzeichnen. Angesichts des Versuchs des französischen Präsidenten Macron, eine starke politische Kraft der politischen Mitte aufzubauen, ist es eher ein positives Signal, dass es nicht zu Abwanderungen in Richtung des politischen Zentrums gekommen ist. Auch vom Brexit wird die Partei am wenigsten betroffen sein, da sie keine Mitgliedspartei im Vereinigten Königreich hat.

Von den bisher drei besetzten Präsidentenämtern verbleibt der EVP nach der Europawahl 2019 vorerst nur die Kommissionspräsidentschaft, auch wenn in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode vermutlich noch die Parlamentspräsidentschaft hinzukommt. Grund für diesen Macht- und Ämterschwund ist vor allem die Fragmentierung des Europäischen Parteiensystems und die Schwächung der Volksparteien auf europäischer Ebene, während Grüne und vor allem Liberale, auch durch die Unterstützung von Macron, einen Bedeutungszuwachs verzeichnen.

Als Hauptniederlage der EVP muss es gelten, dass sie ihren Spitzenkandidaten Weber nach der Europawahl nicht als Kommissionspräsident durchsetzen konnte. Zwar sind Zweifel möglich,

ob Weber angesichts des bereits im Vorfeld sichtbaren Widerstands Macrons unter taktischen Gesichtspunkten der richtige Spitzenkandidat der Partei war. Andererseits wäre unter anderen Umständen (z.B. bei einer einheitlicheren Position der Europaparlamentarier) auch nicht auszuschließen gewesen, dass es der EVP trotz der Widerstände gelingt, Weber an die Spitze der Kommission zu hieven. Sicherlich wäre es im Laufe der letzten Wahlperiode jedoch günstig gewesen, wenn die EVP den Wunsch Macrons nach Einführung von transnationalen Listen nicht blockiert hätte. Die Revanche Macrons, nämlich die Verhinderung des EVP-Spitzenkandidaten Weber als Kommissionspräsident, war jedenfalls ein hoher Preis für die EVP und zudem ein herber Rückschlag für die demokratische Entwicklung der EU.

Immerhin kann sich die EVP nach der Wahl von der Leyens auf die Fahne schreiben, die erste Kommissionspräsidentin in der bisherigen Geschichte der Europäischen Integration zu stellen. Zudem verfügt die EVP über hinreichend Pragmatismus und Machtinstinkt, um von der Leyen seit ihrer überraschenden Nominierung breite Unterstützung zukommen zu lassen. Auch Weber stellt sich voll in den Dienst von Partei und Fraktion und unterstützt von der Leyen. Es bleibt jedoch – nicht zuletzt mit Blick auf einen Wechsel in der Parlamentspräsidentschaft zur Hälfte der Wahlperiode – abzuwarten, ob seine gescheiterte Kandidatur seine Position in Partei und Fraktion nicht untergraben hat.

Allerdings gibt es innerhalb der EVP-Fraktion auch Vorbehalte gegen die neue Kommissionspräsidentin, die zur Erreichung der Mehrheit im Europaparlament den anderen Parteien, insbesondere den Grünen, weit entgegengekommen ist. Zudem ist nicht nur das Parlament, sondern auch die neue Kommission parteipolitisch wesentlich bunter aufgestellt, so dass von der Leyen auf mehr Parteien und Interessen Rücksicht nehmen muss und weniger die reine EVP-Linie vertreten kann. Es wird sich zeigen, ob eine schwierigere und volatilere Mehrheitsfindung Auswirkungen auf ihr Verhältnis zur eigenen Partei und Fraktion mit sich bringen wird.

Der EVP stehen zudem programmatische Herausforderungen bevor: Die Migrationsfrage bleibt virulent, ebenso der Umgang mit Fragen des Klimaschutzes. Darüber hinaus sind die sozialpolitischen Ankündigungen der neuen Kommissionspräsidentin nicht unumstritten. Die seit langem diskutierte Frage, ob die EVP einem christdemokratischen oder einem konservativen Kurs folgt, wird sich also fortsetzen. Trotzdem wird auch in die Zukunft die Mehrheitsfähigkeit das oberste Ziel der EVP bleiben: Sie ist eine wertgebundene Partei des Pragmatismus.

Dass die EVP auch eine integrationsfreundliche Partei bleibt, könnte durch die Einführung transnationaler Listen und einer Reform des Spitzenkandidatensystems unterstrichen werden. Manfred Weber wird dies jedoch nicht mehr helfen. Denn Spitzenkandidatin bei der nächsten Europawahl 2024 dürfte wohl Ursula von der Leyen werden. Es ist kaum anzunehmen, dass sie es als Kommissionspräsidentin bei einer Amtszeit belassen will. Ob die EVP dann mehrheitsfähig sein wird, hängt vor allem auch von der Entwicklung ihrer Mitgliedsparteien in den EU-Mitgliedstaaten ab, die gerade in den großen Ländern höchst ungewiss bleibt.

Literatur

- Benková, L. (2019). Hungary-Orbán's project towards „illiberal democracy“, AIES Fokus Nr. 2.
- Christiansen, T. (2016). After the Spitzenkandidaten: fundamental change in the EU's political system?. *West European Politics*, 5, 992–1010.
- De Sio, L., Emanuele, V., & Maggini, N. (Hrsg.). (2014). *The European Parliament Elections of 2014*, Rom: Centro Italiano Studi Elettorali.
- De Sio, L., Franklin, M. N., & Russo, L. (Hrsg.). (2019). *The European Parliament Elections of 2019*. Rom: LUISS University Press.
- Die Welt (2018). Warum Merkel ausgerechnet Weber als EVP-Spitzenkandidaten will. <https://www.welt.de/politik/ausland/article181376946/Europawahl-Manfred-Weber-soll-EVP-Spitzenkandidat-werden.html>. Zugegriffen: 1. Dezember 2019.
- Europäische Kommission (2019). Knapp 100 Tage vor der Europawahl: Eurobarometer und erste Umfragen zur Sitzverteilung vorgestellt. https://ec.europa.eu/germany/news/20190219-europawahl-eurobarometer_de. Zugegriffen: 1. Dezember 2019.
- EVP (2017). EPP Political Assembly talks migration, the future of agriculture; accepts new member party. <https://www.epp.eu/press-releases/epp-political-assembly-talks-migration-the-future-of-agriculture-accepts-new-member-party/>. Zugegriffen: 1. Dezember 2019.
- EVP (2018). Manfred Weber, Zuhör-Tour, https://weber.epp.eu/listening_tour. Zugegriffen: 1. Dezember 2019.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2018). EVP wählt Weber zum Spitzenkandidaten, 09.11.
- Göler, D., & Jopp, M. (2014). Die Europawahl 2014 und das Konzept der Spitzenkandidaten – ein Kommentar. *integration*, 2, 152–160.
- Hamann, J., Nič, M., & Puglierin, J. (2019). Shaking Up the 2019 European Election: Macron, Salvini, Orbán, and the Fate of the European Party System, DGAPanalyse Nr. 1.
- Hanisch, K. (2017). Ungarns rechtsnationale Wende als reaktionäre Mitte-Utopie. Soziokultureller Wandel nach 1989 und die adaptive Politik des Fidesz. *Leviathan Sonderbände*, 32, 81–105.

- Hansen, H. (2017). Ungarn in Europa – Der Nationalkonservatismus von FIDESZ zwischen Renationalisierung und Integrationsförderung. In H. Hansen, P. Mádl & M. Méhes (Hrsg.), *Brücken für Europa* (S. 181-194). Baden-Baden: Nomos.
- Heidbreder, E., & Auracher, J. (2015). Die Rolle europäischer Spitzenkandidaten im institutionellen Wettstreit. In M. Kaeding & N. Switek (Hrsg.). *Die Europawahl 2014*, (S. 223-231). Wiesbaden: Springer VS.
- Hrbek, R. (2014). Europawahl 2014: Kontinuität und neue Facetten. *integration*, 3, 205–227.
- Hrbek, R. (2019). Europawahl 2019: neue politische Konstellationen für die Wahlperiode 2019-2024. *integration*, 3, 167–186.
- Jansen, T. (2006). *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung*, Brüssel: Generalsekretariat der EVP.
- Jansen; T., & Van Hecke; Steven. (2011). *At Europe's Service. The Origins and Evolution of the European People's Party*. Berlin; Heidelberg 2011.
- Johansson, K. M.; (2002). European people's party. In K. M. Johansson & P. Zervakis (Hrsg.). *European political parties between cooperation and integration*, (S. 51-80). Baden-Baden: Nomos.
- Kaeding, M., & Switek, N. (Hrsg.). (2015). *Die Europawahl 2014*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kampf, L. (2019). Es gibt keinen Europawahlkampf. Oder?. *Politik & Kommunikation*, 1, 24–28.
- Klüpfel, A. (2007). *Die EVP – auf dem Weg zu einer europäischen Partei?*, (Diss., Universität Passau).
- Kohls, J., & Müller, M. (2019). Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019: drei Ursachen für die Transformation im europäischen Parteiensystem. *integration*, 3, 218–225.
- Lang, K.-O. (2018). Zweieiige Zwillinge. PiS und Fidesz: Genotyp und Phänotyp. *Osteuropa* 3-5, 77–98.
- Maurer, A. (2017). Europäisches Parlament. In W. Weidenfeld & W. Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2017*, (S. 87-100). Baden-Baden: Nomos.
- Steuwer, J., & Janssen, Siebo M. H. (2006). Die christlich-konservative Volkspartei. In J. Mittag (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration* (S. 579-601). Essen: Klartext.
- Süddeutsche Zeitung (2019). Fernduell um den Kommissionschef. CSU-Mann Weber ist zwar offiziell Kandidat der EVP, Brexit-Chefunterhändler Barnier hat allerdings ebenfalls gute Chancen, 02.05. (S. 7).
- von Ondarza, N. (2019). Richtungswahl für das politische System der EU. SWP-Studie Nr. 9.
- von Ondarza, N., & Schenuit, F. (2018). Schatten über den Europawahlen. Drei Szenarien für EU-skeptische Parteien nach den Wahlen 2019. SWP-Aktuell Nr. 58.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.1007/978-3-658-29277-5_3

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20220707-122010-7

This is a post-peer-review, pre-copyedit version of: Belafi, M. (2020). Die Europäische Volkspartei nach der Europawahl 2019. In: Kaeding, M., Müller, M., Schmälter, J. (eds) *Die Europawahl 2019*. Springer VS, Wiesbaden, p. 27-37. The final authenticated version is available online at: https://doi.org/10.1007/978-3-658-29277-5_3

Alle Rechte vorbehalten.